

# Inhaltsverzeichnis

<b>KAPITEL 1: EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
<i>A. Aktueller Anlass der Untersuchung und Einführung in die Fragestellung .</i>	<i>1</i>
<i>B. Beschränkung der Fragestellung .....</i>	<i>5</i>
<i>C. Gang der Untersuchung .....</i>	<i>8</i>
<b>KAPITEL 2: VORGESCHICHTE DES UKLAG.....</b>	<b>11</b>
<i>A. Anstoß der Verabschiedung des UKlaG – Umsetzung der Richtlinie EG/98/27 .....</i>	<i>11</i>
<i>B. Auswirkung der Verbandsklagen Richtlinie EG/98/27 auf Deutsches Recht .....</i>	<i>12</i>
<i>C. Zwei Schwerpunkte der Neuregelung im Überblick.....</i>	<i>17</i>
<b>KAPITEL 3: ZUR DOGMATIK DER VERBRAUCHERSCHUTZVERBANDSKLAGE .....</b>	<b>21</b>
<b>A. VERBRAUCHERINTERESSE ALS ÜBERINDIVIDUELLES INTERESSE.....</b>	<b>21</b>
<i>I. Vorbemerkung .....</i>	<i>21</i>
<i>II. Verbraucherinteresse als öffentliches Interesse.....</i>	<i>22</i>
<i>III. Verbraucherinteresse als Gruppeninteresse.....</i>	<i>26</i>
<i>IV. Verbraucherinteresse als diffuses Interesse .....</i>	<i>29</i>
<i>V. Eigene Stellungnahme .....</i>	<i>33</i>
<i>1. Die Bedeutung von „Kollektivinteressen der Verbraucher“ .....</i>	<i>33</i>
<i>2. Die Grundelemente des Verbraucherinteresses als Anhaltspunkte .....</i>	<i>34</i>
a) Subjekt des Verbraucherinteresses .....	35
b) Objekte des Verbraucherinteresses .....	36
c) Verbraucherinteresse als ein subjektloses Interesse .....	39
<i>3. Irrelevanz der Interessen der klageberechtigten Verbände im UKlaG..</i>	<i>40</i>
<b>B. VERBANDSKLAGE IM DIENST DES VERBRAUCHERSCHUTZES .....</b>	<b>42</b>
<i>I. Verbraucherschutz .....</i>	<i>42</i>
<i>1. Ungleichgewichtslage von Unternehmer und Verbraucher.....</i>	<i>43</i>
<i>2. Problem wegen nicht ausreichenden Wettbewerbs .....</i>	<i>44</i>
<i>3. Problem unaufrichtigen Marktverhaltens.....</i>	<i>45</i>
<i>II. Verbraucherschutzrecht und Verbraucherschutzgesetze .....</i>	<i>46</i>
<i>1. Verbraucherschutzrecht als ein eigenständiges Rechtsgebiet .....</i>	<i>46</i>
<i>2. Verbraucherschutzgesetze nach § 2 UKlaG .....</i>	<i>47</i>



C. ZUR RECHTSNATUR DER VERBANDSKLAGE IM UKLAG	49
I. Vorbemerkung	50
II. Unterlassungsanspruch des UKlaG: materielle zivilistische oder formelle zivilprozessrechtliche Sichtweise?	52
1. Praktische Bedeutung der aufgeworfenen Frage	53
2. Die Klagekompetenz der klagenden Verbände nach UKlaG	54
a) Klagekompetenz als materiell-rechtlicher Anspruch der Verbände	54
(1) Klage in eigenem Anspruch?	55
(2) Klage ohne eigenes betroffenes Rechtsgut	57
(a) Zum Begriff der „Aktivlegitimation“	58
(b) Anspruch ohne subjektives Recht	59
(3) Zwischenergebnis	61
b) Prozessualer Charakter der Verbandsklage	62
(1) Prozessführungsbefugnis der klagenden Verbände	64
(a) Prozessführungsbefugnis im klassischen Sinn	64
(b) Selbstständige Prozessführungsbefugnis	66
(2) Verbandsklage als Prozessstandschaft	67
(a) Gesetzliche Prozessstandschaft	67
(b) Die Prozessführung über Kollektivrecht nach Gilles	69
(3) Zur Doppelnatur der Verbandsklage nach dem UKlaG	71
c) Klageberechtigung als privatrechtliche Kontrollkompetenz	72
3. Eigene Stellungnahme	76
a) Zur Intention des Gesetzgebers	76
b) Kritik der These von Prozessstandschaft	81
c) Klage aufgrund objektrechtlicher Pflichtordnung	82
d) Klage ohne unmittelbar betroffenes Interesse	84
e) Zur These treuhänderische Berechtigung	85
f) Zwischenergebnis	86
III. Unterlassungsklage nach UKlaG: individuelle oder kollektive Rechtsdurchsetzung?	87
1. Definition von kollektiven und individuellen Verfahren	88
2. Problemlösungseinstieg: strukturelle Schwäche des Konzepts individueller Interessenwahrnehmung	90
3. Untaugliche Versuche einer rein privatrechtlichen individuellen Deutung	93
a) Zur Individualisierbarkeit kollektiver Interessen	94
b) Das Verhältnis der geschützten Interessen zu den Interessen der klagebefugten Verbände: pluralistische Wahrung überindividueller Interessen	95
c) Zum Kollektivrecht des Kollektivs der Verbrauchergruppe	96
(1) Abgrenzung von einer Popularklage	97



(2) Eingeschränkte Popularklage .....	97
(3) Die Gruppe der Verbraucher als Partei .....	98
IV. UKlaG: Eigenständiges Gesetz oder Integration in die ZPO? .....	99
1. Durchsetzung öffentlicher Interessen durch private Institutionen.....	100
2. Zur Integration in die ZPO .....	101
D. DIE NEUREGELUNG ÜBER VORAUSSETZUNGEN DER ANSPRUCHSBERECHTIGUNG NACH DEM UKLAG .....	103
I. Anspruchsberechtigte Stellen .....	104
1. Voraussetzungen der Eintragung in die Liste klagebefugter Verbraucherverbände .....	105
2. Folgen des Listenregistrierungsverfahrens .....	109
II. Bewertung des Listenregistrierungsverfahrens .....	112
1. Überlassung der öffentlichen Interessen an gesellschaftliche Einrichtungen vom Staat.....	112
2. Zur staatlichen Aufgabenwahrnehmung der Verbände .....	113
<b>KAPITEL 4: ZU PROZESSUALEN EINZELPROBLEMEN DER VERBANDSKLAGEN IN DEUTSCHLAND NACH DEM UKLAG .....</b>	<b>115</b>
A. PROBLEMATIK DER MEHRFACHVERFOLGUNG .....	115
I. Streitgegenstandstheorien.....	116
II. So viele Streitgegenstände wie Klagebefugte? .....	117
1. Zweck der Verbandsklage .....	120
2. Kritik an der Auffassung „so viele Streitgegenstände wie Klagebefugte“ .....	121
III. Verfahrensverbindung .....	125
IV. Verfahrensaussetzung bei Parallelprozessen .....	126
B. GELTUNG DER PROZESSMAXIMEN IM VERBANDSKLAGEPROZESS.....	127
I. Dispositionsmaxime.....	127
1. Geltung der Dispositionsmaxime.....	128
2. Zur Dispositionsbefugnis .....	130
a) Klagerücknahme .....	130
b) Anerkenntnis .....	131
c) Klageverzicht .....	132
d) Abtretung .....	134
e) Prozessvergleich.....	135
II. Verhandlungsmaxime.....	136
1. Sachverhaltsermittlung .....	136
2. Verfügbarkeit des Tatsachenstoffs.....	141
III. Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit.....	142



C. DIE RECHTSFOLGEN DES VERBANDSKLAGEURTEILS – FAKTISCHE BREITENWIRKUNG UND NORMATIVE BINDUNGSWIRKUNGEN VON VERBANDSKLAGEENTSCHEIDUNGEN .....	144
I. Herbeiführung einer faktischen Breitenwirkung des Urteils.....	144
II. Herbeiführung einer gesetzrechtlichen Breitenwirkung.....	147
1. Problematik der Inter-omnes-Rechtswirkung .....	147
2. Rechtskrafterstreckung .....	149
a) Die Ansicht von Zeuner .....	150
b) Rechtskrafterstreckung auf Dritte .....	151
(1) Rechtskrafterstreckung auf andere Verbände.....	152
(2) Rechtskrafterstreckung auf Kunden (Einzelverbraucher).....	154
(3) Rechtskrafterstreckung bei der Rechtsbruchklage gemäß § 2 UKlaG .....	156
c) Durchbrechung der Rechtskraft .....	156
(1) Vollstreckungsgegenklage nach § 10 UKlaG.....	157
(2) Vermeidung divergierender Entscheidungen .....	158
III. Zusammenfassung des vierten Kapitels .....	158
<b>KAPITEL 5: EXKURS – DURCHSETZUNG DES VERBRAUCHERSCHUTZRECHTS IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA.....</b>	<b>161</b>
A. BESTANDSAUFNAHME .....	161
I. AGB-rechtliche Vorschriften in China .....	162
II. Verbraucherrechtliche Vorschriften.....	164
1. Verbraucherschutzgesetz.....	164
2. Recht der Konsumsteuerung .....	165
III. Das Verhältnis von Verbraucherschutzgesetz und den AGB-rechtlichen Vorschriften .....	166
B. DURCHSETZUNG.....	167
I. Außergerichtliche Durchsetzung.....	168
1. Behördliche Durchsetzung .....	168
2. Durchsetzung von Verbraucherorganisationen .....	169
II. Gerichtliche Durchsetzung .....	170
III. Das Deutsche UKlaG als ein Vorbild für das chinesische Recht.....	172
<b>KAPITEL 6: FAZIT .....</b>	<b>175</b>
I. Zusammenfassung der Einzelergebnisse .....	175
II. Rechtspolitische Erwägungen .....	180
1. Zulassung weiterer Kollektivklagen .....	180
2. Einführung einer Verbandsklage auf Schadenersatz .....	181
<b>LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>185</b>